



Ausschuss für Bauen und Verkehr

30. Sitzung (öffentlich)

14. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

08:30 Uhr bis 09:05 Uhr

Vorsitz: Alfons-Reimund Billmann (CDU) (amtierender Vorsitzender)
Wolfgang Röken (SPD) (Vorsitzender)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

Vorlagen 14/608, 14/661, 14/672, 14/745 und 14/753

Einzelplan 14 sowie Landesstraßenbauprogramm 2007

Abschließende Beratung und Beschlussfassung
gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt zunächst Erläuterungen des MBV zur Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf entgegen.

Anschließend stimmt er über die in Vorlage 14/745 wiedergegebenen **13 Änderungsanträge** der Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** ab. Sie werden jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP **abgelehnt**.

In der **Schlussabstimmung** wird der Entwurf des **Einzelplans 14**, soweit die Zuständigkeit des ABV gegeben ist, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen unverändert **angenommen**.

Aus der Diskussion

Alfons-Reimund Billmann (CDU) übernimmt als lebensältestes Ausschussmitglied zunächst die Sitzungsleitung. Er gibt bekannt, dass sowohl der Vorsitzende wie auch der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses noch im Stau steckten.

Tagesordnung:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

Vorlagen 14/608, 14/661, 14/672, 14/745 und 14/753

Einzelplan 14 sowie Landesstraßenbauprogramm 2007

Abschließende Beratung und Beschlussfassung
gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Elke Rühl (CDU) wünscht vor der Abstimmung über die Änderungsanträge Erläuterungen vom Staatssekretär zur Haushaltsergänzung zu erhalten.

StS Günter Kozlowski (MBV) trägt vor, beim Einzelplan 14 sei es zum einen um die Veränderungen bei den Regionalisierungsmitteln gegangen. Es habe zeitliche Überschneidungen gegeben, wie in der letzten Sitzung bereits konstatiert worden sei. Das sei mit der Haushaltsergänzung umgesetzt worden, sodass der Haushaltsentwurf 2007 jetzt die Auswirkungen der Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes exakt widerspiegele.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Ergänzung sei das Thema Grundstücksfonds. In den Jahren 2007 und 2008 seien aus dem Jahresüberschuss der Wfa Mittel in Höhe von jeweils 22 Millionen € für Zwecke des Grundstücksfonds vorgesehen. Hintergrund sei die Notwendigkeit, die elf im Wesentlichen mit EU-Mitteln finanzierten Projekte bis 2008 auszufinanzieren. Dafür seien bereits erhebliche Vorleistungen erbracht worden. Mit dieser Finanzierung aus den Überschüssen des Landeswohnungsbauvermögens sei ein Weg gefunden worden, der richtig sei und der sicherstelle, dass die Maßnahmen ausfinanziert werden könnten.

Eine weitere Neuerung betreffe die Route der Industriekultur. Das MBV werde die für den Unterhalt und die Pflege der Route der Industriekultur anfallenden Kosten bezogen auf einen zehnjährigen Zeitraum zur Hälfte übernehmen. Das bedeute einen jährlichen Ansatz von 3,6 Millionen €.

Als Letztes spricht der Staatssekretär das Thema Ruhrpilot an. Bekanntlich werde die Beteiligung des Landes an der Projekt Ruhr GmbH zum Jahresende 2006 beendet. Die Projekte, die weitergeführt würden, sollten auf die fachlich zuständigen Ressorts übertragen werden. Das ABV übernehme die Ruhrpilot Besitzgesellschaft. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 890.000 € würden bei Kapitel 14 140 veranschlagt.

Die beiden zuletzt genannten Positionen würden zur Hälfte vom Finanzminister und zur Hälfte vom Einzelplan 14 getragen.

Achim Tüttenberg (SPD) bittet den Staatssekretär, noch einige Informationen zum Straßenbauprogramm hinzuzufügen. Ihn interessiere, wie hoch der Restmittelbestand sei, der zusätzlich zu den veranschlagten Maßnahmen zur Verfügung stehe, um weitere Maßnahmen des Straßenbauprogramms zu realisieren. Außerdem interessiere ihn die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, über die zugunsten von anfinanzierten Projekten noch verfügt werden könne.

Auf Bitte von **StS Günter Kozlowski (MBV)** erläutert **Achim Tüttenberg (SPD)** sodann, was er mit „Restmittelbestand“ meine: Zur Baumaßnahme L 147 habe Minister Wittke gegenüber der Lokalpresse des Rhein-Sieg-Kreises erklärt, die relativ magere Veranschlagung für diese Maßnahme reiche deshalb aus, weil noch Restmittelbestände vorhanden seien. Genau diese meine er.

MDgt Ekhart Maatz (MBV) geht davon aus, dass Herr Tüttenberg die Ortsumgehung Windeck/Leuscheid meine, für die mit Gesamtkosten von etwa 4 Millionen € zu rechnen sei. Für das Projekt seien bereits 130.000 € ausgegeben worden. Für die weitere Planung sei ein Betrag von rund 300.000 € eingesetzt, sodass die Baumaßnahme weiter vorbereitet und dann zügig in Angriff genommen werden könne.

Die Veranschlagung hänge damit zusammen, dass man sich auf einige Baumaßnahmen konzentrieren wolle, die bereits weit fortgeschritten seien und endlich zu Ende gebracht werden sollten.

Darüber hinaus stünden beispielsweise für den Grunderwerb Pauschalen zur Verfügung, die für alle Maßnahmen, die Gegenstand des Bauprogramms seien, flexibel gehandhabt werden könnten.

Zu den Verpflichtungsermächtigungen erläutert der Redner, zunächst sei von Bedeutung, dass die zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen, die im Haushalt 2006 für die Folgejahre zu finden seien - weil die Projekte ja selten in einem Jahr zu Ende gebracht werden könnten -, in der Zwischenzeit einen Bindungsgrad von fast 90 % erreicht hätten. Das sei für Mitte November eine gute Quote und bedeute, dass die Bautätigkeit voll laufe und es keine offenen Dinge gebe, die bisher nicht hätten berücksichtigt werden können. Die restlichen Beträge werde man brauchen, um die laufenden Maßnahmen abzusichern.

An Verpflichtungsermächtigungen seien bei Kapitel 14 140 Titel 777 13 - Baumaßnahme des Landesstraßenausbauplans - folgende Beträge ausgebracht: für 2007 28,7 Millionen €, für 2008 13,3 Millionen € und für 2009 2,1 Millionen €.

Horst Becker (GRÜNE) verweist auf die Änderungsanträge seiner Fraktion, die als Vorlage 14/745 verteilt worden seien, insbesondere auf das Sonderprogramm zum Straßenerhalt, das angesichts des Zustandes der Landesstraßen vorsehe, Mittel vom Straßenneubau auf den Straßenunterhalt umzuschichten. Er bitte um Zustimmung.

Dieter Hilser (SPD) gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss und nicht im Ausschuss für Bauen und Verkehr stellen solle.

Die Änderungsanträge der Grünen werde seine Fraktion ablehnen, weil die Deckungsvorschläge, die insbesondere die Steinkohle und den Straßenneubau beträfen, nicht akzeptabel seien. Zur Steinkohle sei die Auffassung der SPD-Fraktion bekannt, und zum Straßenneubau meine sie, dass eine Reihe von Gemeinden auf Ortsumgehungen warte, sodass auf Straßenneubau nicht verzichtet werden könne.

Heinz Sahnen (CDU) legt dar, seine Fraktion genauso wie die SPD-Fraktion heute keine Anträge stellen; dies werde gebündelt im Haushalts- und Finanzausschuss geschehen. Zu Einzelpunkten sehe die CDU-Fraktion jetzt keinen weiteren Beratungsbedarf; sie könnten dann erörtert werden, wenn Punkte wie das Straßenausbauprogramm auf der Tagesordnung des Ausschusses stünden.

Horst Becker (GRÜNE) zeigt sich verwundert und zugleich enttäuscht darüber, dass sich weder die CDU- noch die SPD-Fraktion in der Lage sähen, in der heutigen Sondersitzung des Fachausschusses Anträge zu stellen. Über Haushaltsanträge im Fachausschuss abzustimmen, halte er für seriöser, als dies allein dem Haushalts- und Finanzausschuss zu überlassen.

Der Redner spricht dann noch einmal die Anträge seiner Fraktion an. Wenn Herr Hilser den Eindruck erwecke, dass die Deckungsvorschläge alleine die Steinkohle und den Straßenneubau beträfen, sei das unzutreffend. Die Anträge der Grünen seien sehr genau durchgerechnet und seines Erachtens auch seriös.

So habe seine Fraktion etwa zur Förderung des Schienenverkehrs Anträge gestellt, die die Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes auffangen sollten. Diese Erhöhungen hätten nichts mit der Steinkohle zu tun; nach seiner Auffassung sollten sie aus anderen Positionen, etwa aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer, genommen werden. Die Gegenfinanzierung werde insoweit ja im HFA zusammengeführt.

Beim Straßenerhalt gehe es seiner Fraktion, wie bereits dargestellt, um eine Umschichtung von Neubaumitteln. Und beim Luftverkehr meinten die Grünen, dass die JAR-OPS-Mittel gestrichen werden könnten, weil von den Flughäfen, die bisher keine Anträge gestellt hätten, auch keine Anträge mehr berücksichtigt werden müssten.

Außerdem dürfe er darauf hinweisen, dass eine Ansatzserhöhung bei den Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr beantragt werde, weil die Beschlüsse der Koalition den ländlichen Raum im Jahre 2007 mit weiteren 20 Millionen € belasteten.

(Der soeben eingetroffene Ausschussvorsitzende Wolfgang Röken [SPD] übernimmt den Vorsitz.)

Abschließend bittet der Redner, über die Anträge seiner Fraktion einzeln abzustimmen.

Christof Rasche (FDP) bemerkt, die Änderungsanträge der Grünen berücksichtigten offensichtlich bereits die aktuellen Zahlen aufgrund der Haushaltsergänzung, was dafür spreche, dass diese Zahlen bereits vor der Verteilung der Ergänzungsvorlage bekannt gewesen seien.

Er halte die Gegenfinanzierung der Änderungsanträge der Grünen für unseriös. Bei der Steinkohle gebe es Luftbuchungen. Die grundsätzliche Politik gegen sämtlichen Luftverkehr werde fortgesetzt. Die nach dem Vorschlag der Grünen verbleibenden 10 Millionen € für die Baumaßnahme des Landesstraßenausbauprogramms reichten bei Weitem nicht aus. Insofern könne die FDP-Fraktion die Anträge der Grünen nur insgesamt ablehnen.

Johannes Remmel (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass das Vorgehen der Regierungsfractionen wie auch der SPD-Fraktion dazu führe, dass die Beratungen der Fachausschüsse an Bedeutung verlören. Wenn es den Fraktionsführungen überlassen werde, die Anträge im HFA zu bündeln, werde das eintreten, was die Haushalts- und Finanzpolitiker schon immer gefordert hätten: dass nämlich die Haushaltsberatungen ausschließlich im HFA stattfänden.

Fachausschüsse und Fachpolitiker würden dadurch entwertet. In der Vergangenheit habe die Fachpolitik eine höhere Bedeutung gehabt. Offensichtlich wollten die Regierungsfractionen und auch die SPD-Fraktion das nicht mehr. Er finde es für das Parlament bedauerlich, wenn künftig die Haushaltsberatungen der Fachausschüsse keine Bedeutung mehr hätten. Das hätten dann aber die anderen Fraktionen zu verantworten.

Dieter Hilser (SPD) entgegnet, seine Fraktion benötige keinen Nachhilfeunterricht im Parlamentarismus. Die SPD-Fraktion werde mit Blick auf die Haushaltssituation des Landes nur wenige Anträge stellen und diese direkt im HFA einbringen, weil sie mit Blick auf die Haushaltssituation gebündelt werden müssten, um eine vernünftige Beratung zu ermöglichen.

Wenn die Grünen von Seriosität sprächen, dürfe er darauf hinweisen, dass es wenig seriös sei, wenn Herr Becker sich bei den Anträgen, für die die Fraktion keine passenden Deckungsvorschläge gefunden habe, ins Allgemeine, nämlich in die Mehrwertsteuererhöhung, flüchte. - Mit solchen gegenseitigen Vorwürfen sollte man besser aufhören.

Dem hält **Horst Becker (GRÜNE)** entgegen, es gebe einen Unterschied zwischen der Deckung innerhalb eines Einzelplanes und der Deckung innerhalb des Gesamthaushal-

tes. Wer das berücksichtigt, erkenne auch die Systematik, weshalb die Grünen in einigen Fällen einen Deckungsvorschlag eingebracht hätten und in anderen Fällen nicht.

Vorsitzender Wolfgang Röken lässt sodann abstimmen.

Der **Ausschuss** lehnt in Einzelabstimmungen die 13 in Vorlage 14/745 wiedergegebenen Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP ab.

In der Schlussabstimmung wird der Entwurf des Einzelplans 14, soweit die Zuständigkeit des ABV gegeben ist, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen unverändert angenommen.

Röken
Vorsitzender

R. Billmann
amtierender Vorsitzender

hoe/17.01.2007/23.01.2007

159

